



Niederschrift

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat

15. Oktober 2024, 16:30 Uhr

öffentlich / nicht öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitz: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Maren Kohl

TOP 4 Ergänzungen zum E-LIS Rahmenkonzept

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Bettina Lisbach ruft TOP 4 auf. Sie führt in das Thema ein und übergibt das Wort an Frau Dr. Hackenbruch (Umwelt- und Arbeitsschutz).

Dr. Julia Hackenbruch (Umwelt- und Arbeitsschutz) präsentiert laut Präsentationsfolien (siehe Anlage).

Die Vorsitzende dankt für den Vortrag und eröffnet die Diskussion.

Stadträtin Dr. Sonja Klingert (GRÜNE) dankt für den Vortrag. Sie betont, dass es sich dabei um ein wichtiges Thema handle und sieht das Aufnehmen des AC-Ladens als positiv an. Sie erklärt, dass es noch einige Punkte gebe, die den ausreichenden Ausbau der E-Ladeinfrastruktur verhinderten, insbesondere in Bezug auf das AC-Laden. Als erstes nimmt sie Bezug auf das Kriterium „kein bestehender Parkdruck“ und dass keine Ladestation in Bereichen errichtet werden solle, in denen hoher Parkdruck herrscht. Diese Gebiete seien aber gerade diejenigen mit Mehrfamilienhäusern, in denen sonst wenige Möglichkeiten zum Laden vorhanden sind und öffentliche Ladesäulen also besonders wichtig wären. Des Weiteren bezieht sie sich auf das Kriterium „Senkrechtparkplätze und Schrägparkplätze“ und hält es für nicht sinnvoll, spezielle Parkplatzcharakteristiken herauszugreifen und auszuschließen und vermerkt, dass Längsparkplätze mit aufgenommen werden sollten. Ansonsten könnten in manchen Stadtteilen keine Ladesäulen entstehen, da es nur wenig Senkrecht- und Schrägparkplätze gibt.

In einigen Stadtgebieten würden so kaum Flächen für Ladestationen zur Verfügung stehen. Anschließend fragt sie in Bezug auf die Verteilung der Kontingente nach, was eine ausgewogene Verteilung im Viertel bedeute. Sie merkt an, dass bei der Verteilung der Kontingente zwar die Dichte der Geschosswohnungen, aber nicht die Dichte der Bevölkerung und der angemeldeten Fahrzeuge miteinbezogen wurde. Dies sollte noch berücksichtigt werden, da zum Beispiel den Stadtteilen Durlach und Rintheim die gleichen Kontingente zugesprochen werden, die tatsächliche Bevölkerungsdichte und Anzahl angemeldeter Fahrzeuge allerdings stark voneinander abweichen. Sie unterstützt die vier Stunden-Slots für Ladezeiten und deren Aussetzung in den Nachtstunden, allerdings hält sie die Zeitbegrenzung von 22-6 Uhr als sehr restriktiv. Sie nennt die Stadt München als Beispiel. Dort sei diese Zeitbegrenzung auf vier Stunden von 20 bis 08 Uhr erweitert. Sie bittet darum, dieses Modell auch für Karlsruhe zu bedenken. Außerdem fragt sie kritisch nach, ob die Zahlung mit Kreditkarte/EC Karte möglich sein muss. Dazu fragt sie, ob man bereits mit den

potenziellen Betreibern gesprochen habe bezüglich der Frage, ob eine solche Vorgabe ein Hindernisgrund für diese sei, da eine solche Variante kostenintensiver ist. Da die Verträge auf zehn Jahre angelegt sind, stellt sie die Frage, ob die Ladestationen auch rückgebaut werden können, falls eine Veränderung des Straßenraums ersichtlich wäre und die Ladestation obsolet würden. Abschließend kündigt sie einen Änderungsantrag der GRÜNEN an.

Herr Schmidt (AfD) dankt für den Vortrag. Er kritisiert, dass Stadt bisher nur Schnellladestationen selbst gebaut hätte und nun auch Langsamladestationen bauen möchte. Diese amortisierten sich schnell und seien besonders attraktiv für private Investoren. In diesem Punkt sollte die Stadt nicht in Konkurrenz zu privaten Investoren gehen.

Die Vorsitzende geht direkt darauf ein und berichtet, dass die Stadt keine Ladesäulen selber baue, sondern Investoren die Flächen zur Verfügung stelle und demnach nicht in Konkurrenz mit den Investoren trete.

Dr. Julia Hackenbruch (UA) stimmt der Vorsitzenden zu und geht im Folgenden auf die weiteren Fragen ein: Die Standortlage bzw. der hohe Parkdruck als Hindernis zu Lademöglichkeiten ergeben sich daraus, dass die Stadt als Gesamtes verschiedene Ziele habe, deren Abwägung in den Kriterienkatalog eingeflossen ist. Wie sich dieses Standortkriterium im Einzelfall gestaltet, kann noch nicht abgesehen werden, sei aber ein Punkt, der weiter Gegenstand der Diskussion sein werde. Des Weiteren legt sie dar, dass die Entscheidung Längsparkplätze auszuschließen aus Verkehrssicherheitsgründen getroffen wurde. Das Ladekabel könne in den Straßenraum hineinragen und somit die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs behindern. Nur acht der 118 potentiellen Standorte, die bislang bewertet wurden, waren Längsparkplätze, die aufgrund dieses Kriteriums ausgeschlossen wurden. Daher ist dieses nicht das bedeutendste Ausschlusskriterium. Zur Frage nach der Ausgewogenheit der Verteilung der Ladesäulen im Viertel erklärt sie, dass hier die ersten Erfahrungen zu sammeln sind. Die Antragsstellungen der Betreiber, die nach Wirtschaftlichkeitskriterien und marktrelevanten Aspekten vorgehen, seien zunächst abzuwarten. Im besten Fall sei es so, dass alle Kontingente ausgeschöpft werden können, falls nicht, oder zusätzliche Bedarfe sich zeigen, müsse nach einem Jahr nachgesteuert werden. Ähnliches gelte für die weiteren Kriterien, die herangezogen wurden. Der Anteil an Mehrfamilienhäusern war ein Kriterium, das Sinn ergibt und zu dem Daten vorliegen. Zukünftig können auch andere Kriterien herangezogen werden, falls dies im Zuge der Umsetzung als notwendig erachtet würde. Sie erklärt, dass die Verträge mit Betreibern auf 10 Jahre befristet würden und der Rückbau sei ebenfalls vertraglich geklärt. Es besteht jedoch immer im Einzelfall die Möglichkeit auf Vertragsverlängerung. Sie gibt weiter an Frau Kohl zur Ergänzung.

Maren Kohl (UA) ergänzt, dass die Anregung zur Ausweitung des Zeitraums, in dem die Standzeitbegrenzung ausgesetzt ist, in den ämterübergreifenden Arbeitskreis Ladeinfrastruktur mitgenommen wird. Zu der Frage ob mit Betreibern schon gesprochen wurde bezüglich der Bezahlart mit Kreditkarte erklärt sie, es wurde noch nicht mit Betreibern über die Bezahlmöglichkeiten gesprochen, und verspricht, dies würde nachgeholt.

Die Vorsitzende schließt den TOP.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Maren Kohl (Umwelt- und
Arbeitsschutz)
Protokollführerin